

Deutschland.

Berlin, 2. Juli. Bei dem gestrigen Fest-
mahl im Offiziers-Kasino in Wilhelmshafen be-
sahmerte der Kaiser eine Ansprache des Admi-
rals Hollmann mit folgendem Trinkspruch:

„Schon bei der Taufe eines ausbleibenden
Kindes stehen die Väter um dasselbe versam-
melt, und indem sie ihr Jawort geben, fragt
sich jeder in seiner Brust, wie wohl das
Kindlein sich entwickeln wird und welches Loos
ihm beschieden sein wird, sei es im bescheidenen,
sei es im größeren Dasein, für seine Familie
oder für sein Land zu wirken. Dasselbe ist der
Fall bei einem solchen Akt, wie dem heutigen.
Ein Stapellauf ist sowohl für den Vater, wie
für den Seemann ein imposanter, ich
möchte sagen ein ereignisreicher Akt. Das ge-
waltige Gebäude, ein Produkt tiefster Arbeit
und Berechnung, hingebender rastloser Arbeit
des Geistes und vieler Tausender Hände
soll seinem Elemente übergeben werden, auf dem
es bestimmt ist, die Flage des Landes zu tra-
gen, ihr Ehre zu machen. Aber nicht nur das,
es soll auch einen Namen führen, und je nach
der Art, wie der Name ausgesprochen wird, legt der
Seemann dem Schiff die Persönlichkeit in
idealisierter Weise bei. Mit dem Moment der
Berührung des Wassers verwandelt sich die
starre Eisenmasse in ein lebendiges Sein, und es
meint der Seemann, vor sich ein personifiziertes
lebendiges Wesen zu sehen. Schon mancher
Name ist auf diese Weise in der Marine von
Schlachtschiffen und anderen Schiffen getragen;
der heutige ist mit Vorbedacht für das Schiff
ausgesucht worden. Das vergangene Jahr hat
unvergleichliche Feiern gebracht und das Meer,
welches drei Mal meinem seligen Herrn Vater
in größerem und kleinerem Verbands zu folgen
die Ehre und das Glück hatte, hat sich in lauten
Zufestern, im großen Vereine sowohl wie in
einzelnen Regimenter, von denen er Chef war,
die Zeit vergegenwärtigen können, in der er die
Armee geführt hat, in der er mit seinen Regi-
menten verkehrt hat.“

Der damals noch im Werden begriffenen
Marine ist es nicht beschieden gewesen, in der
Weise markierend eingzugreifen in die Verhältnisse
des Krieges durch Aufopfern von Leben und
Blut und Material, wie sie es hätte wünschen
können. Es hat daher für sie die Reihe der
Feste und Feiern gewissermaßen etwas Be-
drückendes gehabt bei dem Gefühl, daß sie nicht
so voll daran Theil nehmen können, wie sie
es wohl gemocht hätte. Aber gerade die Theil-
nahme und die Beziehungen von dem ganzen
deutschen Volke vergitterten Persönlichkeit des
dahingegangenen Kaisers sind doch für unsere
Marine nicht ohne große Bedeutung. Die
Momente, welche im vergangenen Leben meines
Herrn Großvaters denkwürdig verankert haben,
sich vertreten zu lassen durch seinen vorzüglichsten
Sohn, haben es sehr oft mit sich gebracht, daß
mein seliger Herr Vater durch solche Ver-
treterungen auch in nähere Beziehung zur Marine
kam. Ich erinnere Sie an die Einweihung des
Gieselerkanals, ich erinnere Sie an seine Theil-
nahme bei der Krönung des Königs von
Schweden und Norwegen, ich erinnere Sie vor
allen Dingen an die Taufe des ersten deutschen
Panzerkreuzers, welches in dem vom Kaiser so
geliebten Stettin unter seinen Augen sich vollzog,
im Jahre 1872. — Aus alle dem ersehen wir,
wie wohl berechtigt die Marine ist, gleichfalls
einen Antheil an dieser Person zu haben, und
deshalb habe ich bestimmt, daß das erste große
Panzerkreuzer, hoffentlich der Vorläufer von man-
chen von derselben Klasse, den Namen dieses
Allerhöchsten Herrn tragen soll. Gleichsam als
die Gröndung einer neuen Ära für unsere
Marine, wie auch der Name und die Persön-
lichkeit Kaiser Friedrich's die Gröndung einer
neuen Ära für das deutsche Reich gewesen ist.
Indem ich Ihnen, mein lieber Herrmann, für die
freundlichen Worte von Herzen danke, kann ich
nur sagen, daß, wenn ich einen bescheidenen An-
theil an den Arbeiten habe durch das Inter-
esse, welches ich denselben entgegenbringen darf,
dieses doch zum Besten der Gesamtheit ge-
schehe und daß es mir selbstverständlich eine besondere
Freude war, gerade für dieses Schiff mit Rathen
und Thaten zu können. Ich spreche Ihnen aber
meinen Dank aus dafür, daß Sie und alle die
unter Ihnen stehenden Beamten und Offiziere
auf die Wünsche und die Fingerzeige eingegangen
sind, welche ich glaubte, im Sinne der Front-
und der praktisch-seeräthlichen an Sie über-
mitteln zu können. Denn wir wollen nicht ver-
gessen, derjenige, dem diese Waffe in die Hand
gebracht werden soll, der Kommandant, der
Offizier, die Mannschaft, die sie bewachen sollen,
haben auch, und sind berechtigt dazu, ein Wort
mitzureden beim Schicksal dieses Schiffes.
So will ich denn meinen Wunsch dahin zu-
sammenfassen, daß jeder Kommandant und jeder
Offizier und jeder Matrose, der jemals die Ehre
hat, auf diesem Schiff zu dienen, sich stets voll-
bewußt sei der hohen Ehre, die ihm dadurch zu
Theil wird und stets bestraft sei, diesem Namen
Ehre zu machen und, wo das Schiff auch auf-
treten möge, um dasselbe einen Nimbus der
Achtung, der Ehrfurcht, und, wenn nöthig, des
Schreckens zu verbreiten. — Möge es uns

gegeben sein, mit diesem und hoffentlich mit noch
so manchem anderen Schlachtschiff in der weiteren
Entwicklung der Marine den Grundlag zu
machen, den ich am 18. Januar d. Js. aus-
gesprochen habe, daß unser deutsches Vaterland
befähigt sei, Niemandem zu Liebe und Niemandem
zu Leide seinen eigenen Weg zu gehen und stets
für Friede und Ordnung in der Welt einzustehen
zu können. — Daß mit dabei meine Marine
und ihr vorzüglichster Offizierskörper und ihr
ganzes gutes Material zur Seite stehen und der
Welt, der sie erfüllt, stets von neuem sich in ihr
bethätigen möge, hierauf erhebe ich mein Glas.
Ich trinke auf das Wohl meiner Marine und
ihres jüngsten Kindes, des Panzerkreuzers „Kaiser
Friedrich III.“: Hurrah! Hurrah! Hurrah!

— Die von dem nunmehr aus seinem Amte
geschiedenen Handelsminister Freiherrn von Ver-
lepshoff verheißene Verordnung über die
Büroverordnungen ist seit gestern in Kraft getreten.
Der Widerstand, den dieselbe sowohl im Reichs-
tage wie im Abgeordnetenhaus bei fast allen
Parteien gefunden, hat den bisherigen Handels-
minister nicht von seiner Ansicht abgebracht.
Man wird in den durch die neue Verordnung be-
troffenen Kreisen sich natürlich den erlassenen
Bestimmungen, obgleich deren Rechtsgültigkeit be-
stritten wird, fügen müssen, bis etwa gerichtlich
festgestellt sein wird, daß die Büroverordnungen
der rechtlichen Grundlage entbehren. Indes be-
rechtigt der Wechsel im Handelsministerium zu
der Hoffnung, daß die Unzulänglichkeiten, die sich
aus der Durchführung der Büroverordnungen er-
geben dürften, vom Minister Verlepshoff, der nicht,
wie Herr v. Verlepshoff, sich für die neue Bestim-
mungen engagiert hat, einer vorurtheilfreien Prüfung
werden unterzogen werden. Auf Büros ist es um
so eher zu rechnen, je mehr die bethätigten und
interessirten Kreise sich bemühen, die in ihrem
Gewerbe thätigst vorhandenen Uebelstände ab-
zustellen. Geht es denn, und verstehen die
Büroverordnungen die maßgebenden Kreise im Reich
dabei zu überzeugen, daß es mit der
Büroverordnung nicht geht, so dürfte eine
Milderung oder Aufhebung der drückenden
Bestimmungen zu erreichen sein. Anderen Ge-
werbetreibenden aber, über deren Haupt ebenfalls
einem Damoklesschwert vergleichbar bereits Ver-
ordnungen ähnlicher Art drohend schweben, möge
das Schicksal der Büro eine Mahnung sein, be-
rechtigten Wünschen ihrer Angehörten und Ar-
beitern nachzugeben, ehe der Staat eingreift. Daß
dieser eine rauhe Hand besitzt, hat er wieder ein-
mal bei der Büroverordnung bewiesen.

— Ueber weitere Veränderungen im preussischen
Ministerium wird dem konservativen „Reichs-
boten“ geschrieben:
„Die Ministerkrise ist nach dem Abgange
des Freiherrn v. Verlepshoff noch nicht als abge-
schlossen zu betrachten. Es werden uns bestimmte
Symptome dafür angeben, daß noch ein
anderer preussischer Minister sich mit der Absicht
tragen soll, sein Portfeuille zur Verfügung zu
stellen. Eine schwere Niederlage, welche dieser
hochberühmte Staatsmann im Landtage
durch die Ablehnung einer wichtigen Vorlage
erlitten hat, hat den Gedanken des Rücktritts
erregt.“

Der „Reichsbote“ bezieht diese Mittheilung
auf den Kultusminister Dr. Voss, während sie
doch ebenso gut auf den Justizminister Schöndel
passen würde, der seinen Affektoren-Paragraphe
nicht durchsetzen vermochte. Ueberhaupt scheint
jetzt wieder alles in Fluß zu sein. Während
auch Herr Miquel von München auf den Aus-
sterbeetat gesetzt wird, wird in sonst gut unter-
richteten Kreisen angenommen, daß auch die
Stellung des Kriegsministers keine feste mehr
sei, und daß sein langer Urlaub nur seinen
Rücktritt einleite.

Niederlande.

Am vorigen Freitag hat die niederländische
zweite Kammer endlich sich und der Regierung
für andere wichtige Arbeiten freie Bahn gemacht,
indem sie den Wahlreformentwurf des Minister-
präsidenten und Ministers des Innern van
Douten annahm. Seit einem Jahrzehnt etwa
lastete die Angelegenheit auf dem politischen
Leben der Niederlande, ohne vom Fleck zu
rücken. Der frühere Minister Tafel hatte bekann-
tlich nur noch die Alphabeten und mit öffent-
licher Unterstützung lebenden vom Wahlrecht
ausschließen wollen und war von der Mehrheit
der Kammer unter der Führung mehrerer jetziger
Minister darum bekämpft worden. Er löste die
Kammer auf, wurde dann aber durch den Aus-
fall der Wahlen zum Rücktritt veranlaßt. Das
jetzt angenommene Wahlgesetz — die Zusam-
menfassung der ersten Kammer gibt als zweifellos
erhöht indessen die Zahl der Wähler immer
noch von 280 000 auf 6—700 000 und bleibt
in dieser Hinsicht nicht weit hinter dem Tafel-
gesetz zurück. Nach diesem hätte die Zahl der
Wahlberechtigten um 8—10 000 mehr betragen.
Das nunmehrige Wahlgesetz enthält folgende
Bestimmungen:

Die Wähler müssen 25 Jahre alt sein und
im abgelaufenen Amtsjahr zu den direkten
Steuern beigetragen haben, indem sie Grund-
steuer (mindestens einen Gulden), Vermögens-
steuer oder Gewerbesteuer bezogen haben oder zu

den fünf ersten Klassen der neuen Personalsteuer
gehören und auch diese entrichtet haben. Außer-
dem giebt Wahlberechtigung der Nachweis: 1.
daß man als Familienhaupt oder als Einzelner
vom 1. August bis 31. Januar dieselbe Woh-
nung bewohnt und ein bürgerlich variirendes
Minimum von Miete bezahlt hat, oder 2. daß
man vom 31. Januar rückwärts 13 Monate in
derselben Stellung sich befunden und ein bürgerlich
variirendes Minimum von Einkommen bezogen
hat oder am 1. Februar im Besitz einer Pension
von gleicher Minimalhöhe ist, oder 3., daß man
seit einem Jahre für nominal 100 Gulden
Staatsgläubiger ist oder 50 Gulden in der
Postsparkasse hat, oder 4., daß man die zur Be-
kleidung eines Amtes oder Ausübung eines Be-
rufes geüblich vorgeschriebene Prüfung bestanden
hat. Das Gesetz giebt den Wahlkandidaturen
einen offiziellen Charakter. Ein Kandidat wird
von mindestens 40 Wählern eines Distriktes
aufgestellt, und drei Tage vor der Wahl wird
jedem Wähler eine Liste der Kandidaten zuge-
stellt. Im Wahllokal erhält der Wähler einen
gekennzeichneten Stimmzettel, auf dem die Namen
der Kandidaten wiederum sämtlich gedruckt stehen,
vor jedem Namen ist aber ein schwarzer dicker
Kreis mit weißem Mittelpunkt gedruckt; der
Wähler wählt einen dieser Kreise hat nun der
Wähler allein in einem abgesonderten Raum
mit Bleistift schwarz zu machen. So bezeichnet
er den Namen des von ihm gewählten Kandida-
ten. Es ist hiermit das belgische „Boulellettsystem“
angewandt.

Frankreich.

Paris, 1. Juli. Deputirtenkammer. Bei
der Beratung der Reform der direkten Steuern
bekämpfte Ribot den Entwurf und behauptet, die
Mentensteuer sei ungesund und schädige den
Kredit Frankreichs. Die einzig mögliche Reform
sei das englische System der „income tax“. Die
bisherigen direkten Steuern aufheben, wäre
eine Unklugheit, denn man wisse nicht, ob man
die aufgegebenen Millionen wiederfinden würde.
Dreuz, 1. Juli. Die Leichenfeierlichkeiten
für den Herzog von Nemours fanden heute in
der königlichen Kapelle statt. Die Geistlichkeit
empfing am Bahnhof den Sarg, welcher von
Verailles kam. Den Feierlichkeiten wohnten die
Gräfin von Paris, die Prinzessin Clementine
von Koburg, der Herzog von Chartres, der
Herzog von Anjou, alle Mitglieder der Familie
und Vertreter der fremden Souveräne und Bot-
schafter bei. Der Sarg wurde in der Krypta
der königlichen Kapelle beigesetzt.

Italien.

Rom, 1. Juli. In der Deputirtenkammer
antwortete der Kriegsminister Nicotri auf die
Anfrage des Abgeordneten Imbriani, die Regie-
rung habe dem General Menni bei seiner
Reise nach Oesterreich-Ungarn und Deutschland
keinerlei Mission, weder eine offizielle noch eine
offizielle, erteilt. In der Antwort auf die An-
frage des Abg. Di San Giuliano erklärt der
Kriegsminister, es habe zwischen der Regierung
und dem General Baldissera eine Meinungsver-
schiedenheit weder bestanden, noch bestesse eine
solche jetzt. Zum Schluß seiner Worte
spricht sich Nicotri sehr lobend über General
Baldissera aus. Die Kammer setzte sodann die
Verhandlung über das Budget des Ministeriums
des Aeußeren fort. Der Berichterstatter Pompi-
li beantwortet zunächst die Ausführungen ver-
schiedener Vorredner über administrative Fragen
und erklärt, er habe die Besetzung Massowas immer
für einen schweren Fehler gehalten, der noch ver-
größert wurde, als aus Cretia ein militärisches
Unternehmen gemacht wurde. Verschiedene Abge-
ordnete entwidelten sodann die von ihnen bean-
tragten Tagesordnungen.

Rom, 1. Juli. Deputirtenkammer. Unter
den zur Abstimmung gebrachten Tagesordnungen
befand sich auch eine solche des Deputirten
Giorgini, lautend: „Die Kammer, welche mit
Eifer sucht auf dem Gleichgewicht auf dem Mittel-
ländischen Meere festhält, geht zur Tagesordnung
über.“ In der Begründung derselben bemerkte
Giorgini, daß zahlreiche Vorfälle in den letzten
Jahren und auch in der letzten Zeit den Beweis
geliefert hätten, daß Frankreich die Absicht habe,
Tripolis, von dem es bereits im Besitze stehe,
einen Theil des Hinterlandes zu besetzen, ganz
zu okkupieren. Ministerpräsident Marchesi di
Rudini bespricht die verschiedenen Tagesordnungen
und führt aus, die Regierungsgewalt in Ostbuthen
würde einem Zivilbeamten anvertraut werden,
indessen sei der Augenblick, dies zu thun, noch
nicht da. Zwischen der Regierung und dem Ge-
neral Baldissera hätte nur eine Meinungs-
verschiedenheit in Bezug auf die Besetzung
Kassala bestanden. Baldissera hätte Kassala
räumen wollen; der Kriegsminister habe ihm
aber befohlen, es auf seine (des Kriegsministers)
Verantwortung zu halten. Di Rudini fügte
hinzu, die Tagesordnungen Barzilai und Im-
briani behandelten die Stellung des Ministeriums
gegenüber der ägyptischen Einkünfte. Er könne diese
Tagesordnungen nicht annehmen, weil er glaube,
daß man das Land nicht auf die Auflösung der
bestehenden Allianzen vorbereiten dürfe, und er
lasse es nicht zu, daß ein italienisches Mini-
sterium angerufen werden könne, eine nationale

Politik zu treiben. Den Medern gegenüber,
welche geäußert hatten, sie hätten kein Vertrauen
zur Regierung, weil dieselbe die Stimmen der
äußersten Linken auf ihrer Seite habe, bemerkte
Rudini, es sei falsch, daß eine solche Abwen-
dung vom Zentrum komme, das kürzlich mit den
Sozialisten stimmte (Widerspruch im Zentrum)
und von Damiani sowie Fortis, die doch selbst
der äussersten Linken angehören. Er erkläre, daß
kein geheimer Pakt mit der äussersten Linken be-
stehe. Er, Medner, hätte übrigens selbst zu der
Zeit, als er der Opposition angehörte, niemals
daran gedacht, die Regierung des Vaterlandes
in den Verdacht bei den befreundeten oder ver-
bündeten Mächten zu bringen, als ob sie die
internationalen Verträge lau und nicht treu be-
obachtete. — Im weiteren Verlaufe seiner Rede
erklärte Rudini auf das entschiedenste, die ge-
samt Thätigkeit der Regierung sei beständig auf
die Erhaltung des Gleichgewichts in Bezug auf
das Mittelmeer gerichtet. — Gegenüber Fortis
äußerte der Ministerpräsident, er habe sich nach
reifer Erwägung überzeugt, daß es eine un-
angenehme Nothwendigkeit für Italien sei, im
Dreibunde zu bleiben, der wirksam die größten
Interessen Italiens garantire. Rudini schloß, er
nehme die Tagesordnung di San Giuliano in
folgender Fassung an: Nach Anhören der Er-
klärungen der Regierung geht die Kammer zur
Tagesordnung über. (Beifall.) Die Annahme
dieser Tagesordnung betrachte er als Vertrauens-
votum. Die Tagesordnung di San Giuliano
wurde hierauf in namentlicher Abstimmung mit
171 gegen 89 Stimmen angenommen.

Mailand, 1. Juli. Vater Berzowitsch brachte
an den „Corriere di Napoli“, daß er gestern
zusammen mit dem päpstlichen Abgesandten Ma-
cario von Tschibutti abzureisen beabsichtige, um
den italienischen Gefangenen in Abyssinien die
im Heimathlande gesammelten Unterstützung
zu überbringen. Ingenieur Jig hat sich bereits
am letzten Sonntag zu König Menelik begeben,
wohin ihm der Regierungsbevollmächtigte Dr.
Nazzarini in einigen Tagen zu folgen gedenkt.

Spanien und Portugal.

Madrid, 27. Juni. Die Begeisterung der
Spanier bei den zu Ehren der französischen Flotte
in Coruna und Ferrol veranstalteten Festen ver-
folgt lediglich einen praktischen Zweck insofern,
als das Volk instinktmäßig fühlt, daß es allein
mit Cuba und den Vereinigten Staaten nicht
fertig werden wird. Man möchte, um die Perle
der Antillen zu retten, gern Frankreich für die
spanischen Interessen einstimmen, indem man
ihm einerseits aus finanziellen Gründen sehr dar-
auf antworten müsse, einen Zusammenbruch
Spaniens zu verhindern, und daß es andererseits
mit den eigenen amerikanischen Besitzungen gleiche
Erfahrungen machen könne wie jetzt Spanien.
Daß man auf die Freundschaftsveränderungen der
französischen Offiziere, wenn sie nur platonisch
gemeint sein sollen, keinen besonderen Werth legt,
ist zwischen den Zeilen, mit denen die Presse die
Berichte über die Festlichkeiten begleitet, deutlich
zu lesen. Die Regierung wird aufgefordert, die
Gelegenheit wahrzunehmen und etwas Festes,
Schriftliches zu vereinbaren nach dem bewährten
Rezept: denn was man schwarz auf weiß besitzt,
kann man getroßt nach Hause tragen. Und wenn
man auch Nihil auf dafür haben könnte — desto
besser. Wird doch aus Coruna telegraphirt, daß
die höheren Offiziere des französischen Gesand-
ten und Vertreter der Stadt „unter sich“ be-
reits auf das bevorstehende spanisch-französi-
sche Bündnis eingestimmt haben und daß der
russische Konflikt einem der Feste beigewohnt
hätte. Im Uebrigen erinnert Mariano de Caria
in einem seiner satirisch-humoristischen Artikel im
„Imparcial“ daran, daß gerade die Wirtschaft-
spolitik des gegenwärtigen französischen Mini-
sterpräsidenten Spanien mehr Schaden zugefügt habe
als alle Kränkheiten des Weinstocks zusammen
genommen, daß Napoléon, wenn er den Ehrgeiz
habe, Nihil zu nachzudenken, dessen Politik Span-
ien gegenüber nicht verfolgen dürfe, denn einen
größeren Feind als seinen Kardinal habe Span-
ien nie gehabt. Wie unerlaßt und ungerecht
Besetzung spanischer Gebiete an der Guineaküste
durch die Franzosen sei für Spanien und dessen
Ansehen weit gefährlicher, als die Einmischungen
anderer Nationen in spanische Interessen, von
denen man zwar viel geredet habe, die aber
keinen Schaden angerichtet hätten. Frankreich
müsse wenigstens in Marokko eine einigermaßen
aufrichtige Politik treiben. Der französische
Kriegsminister möge der für die Entwicklung
Spaniens so überaus wichtigen Weiterführung
der Eisenbahnlinie über Confrance nicht länger
hindernd im Wege stehen und derjenige große
Theil der französischen Presse, der ohne Grund
und ohne Kenntniss der wahren Verhältnisse
Spanien in der kubanischen Frage schlecht be-
handelt, solle eine andere Tonart anschlagen. Les
amis sont les amis, rufte Caria aus; mit andern
Worten, entweder sei man Spaniens Freund und
dann müsse man dies durch die That beweisen,
oder man sei es trotz aller bei edlen Champagner-
wein gehaltenen schönen Reden nicht, und dann
sei auch die Begeisterung überflüssig. Auch
mit Rücksicht auf die taktlose Andringung von
Insidien mit den Namen „Austerlitz“, „Sena“,
„Marengo“, „Wagram“ u. s. w. bei dem Fest

im Militärkasino zu Coruna wird sehr richtig
darauf hingewiesen, daß diese französischen Siege
schließlich doch auch Spanien ziemlich theuer zu
stehen gekommen sind. Die Erwähnung von
Austerlitz kann überdies den Franzosen in ihrer
jetzigen Gemüthsverfassung nur unangenehm sein.
Diese Kundgebungen dürften in Barcelona und
Valencia aus Anlaß von Konzerten, die dort
zwei französische Militärkapellen zu geben ge-
denken, eine Fortsetzung erfahren. Heute geht
sogar das Gerücht, daß die hiesige französische
Kolonne den Admiral und die Flottenoffiziere
einzuladen beabsichtigt, für einige Tage nach hier
zu kommen, „um der Annäherung der beiden
Länder einen günstigen Stempel aufzudrücken.“
Gleichzeitig sollen in der französischen Botschaft
unzulässige Besuchskarten abgegeben werden. Der
Regierung, die bis jetzt nichts gethan hat, die
Bewegung einzudämmen, im Gegentheil, die
sie zu unterstützen schien, wird bei
diesen Aufwindungen doch etwas ängstlich
zu Muth, und sie läßt daher heute
durch die „Correspondencia“ abwiegen. Es
liege, heißt es da, für diese Sympathiekun-
gebungen heute nicht mehr Anlaß vor als früher.
Spanien beuge ohne Zweifel außerordentlich leb-
hafte Sympathien für Frankreich; es sei fast
durch französische Bücher erzogen, es bewundere
französische Kunst- und Gewerthätigkeit und die
Massenverwandtschaft sei noch gering im Vergleich
zu der Gemeinsamkeit der Anschaunngen und Ge-
fühle bei dem „Wert der universellen Zivilisation“. Aber
wenn man diesen Sympathien in sichtbarer
Weise Ausdruck geben wollte, so müßte man
schließlich täglich seine Befehlsstellen in der Bot-
schaft abgeben, und umgekehrt müßten die Fran-
zosen das gleiche in der spanischen Botschaft
thun. Jetzt in einem bestimmten Augenblick der-
gleichen vorzunehmen, offenbare eine gewisse Ab-
sicht oder besondere Gründe, die nicht abzusehen
seien. Die Kundgebungen an der galizischen
Küste seien erklärlich, aber hier in Madrid habe
man nicht einmal einen Vorwand, um die stän-
dige Freundschaft besonders zu betonen; eine
solch unbegründete Vorliebe könne dagegen von
den übrigen Mächten, mit denen man gleichfalls
in den besten Beziehungen stehe, als eine Unan-
nehmlichkeit oder Veleibigung empfunden werden.
Auch gäbe es noch andere Gründe, um von dem
Plan Abstand zu nehmen. In der Lage, in der
sich Spanien zur Zeit befinde, wo es so zu sagen
vor einem Konflikt mit den Vereinigten Staaten
stehe, würde eine derartige Kundgebung den Cha-
rakter eines Gesuchs um Beschützung tragen,
worauf Spanien doch gar nicht denke. Sollte es
einmal genöthigt sein, sich nach einem Bündnis,
niemals aber nach einem Schirmherrs, umsehen
zu müssen, so werde der ernsthafteste Weg doch
keits der diplomatischen Verhandlungen sein,
oder nicht der einer gebantenlosen Ueberlieferung,
eines indirekten Vorgehens, das leicht durch ein
platonisches „Geben und zur Kenntnis genom-
men“ beantwortet werden könne. — Dieser ab-
schließende Wasserstrahl wird wohl seine Wirkung
thun.

Schweden und Norwegen.

Christiania, 1. Juli. Der Storting be-
schloß heute die Einsetzung einer parlamentari-
schen Kommission zur Vorbereitung einer Revision
der Zolltarife. Die Kommission erhielt vom
Storting ausdrücklich den Auftrag, einen Geset-
z entwurf auszuarbeiten, welcher den Schutz der
einheimischen Erwerbsquellen bezwecke.

England.

London, 30. Juni. Der dieses Jahr in
London tagende internationale Arbeiterkongreß
wird am 27. Juli im Gemeindehaufe des Be-
zirks St. Martin eröffnet werden. Ungefähr 800
Vertreter aus allen Theilen der Welt haben sich
bereits angemeldet. Am Tage vor der Gröf-
nung soll eine große Kundgebung zu Gunsten
des Weltfriedens im Hyde Park abgehalten wer-
den. Arbeiter-Parlamentarier Abgeordnete der ver-
schiedenen Länder werden die Reden halten. Am
Montag werden sich die Vertreter der verschiede-
nen Nationen zuerst gefondert beraten. Jede
Vertretung wird ihren eigenen Präsidenten und
Sekretär ernennen. Der Geschäftsordnungs-
Auschuß wird aus je zwei Vertretern jedes
Landes bestehen. Am demselben Montag wird
der Kongreß seine erste ordentliche Sitzung ab-
halten. Den Vorsitz übernimmt ein Engländer.
Die beiden Bizepräsidenten sind ein Franzose und
ein Deutscher. Alle drei ernannt der Geschäfts-
ordnungs-Auschuß. Die Zahl der Anträge ist
außerordentlich groß. Vor allem muß wieder die
Frage entschieden werden, ob Anarchisten Zutritt
zum Kongreß haben sollen. Sehr weit gehen
die Ansichten auseinander über die „politische
Aktion“ der Arbeiter. Auch das Französi-
sche kommt in einer Reihe von Anträgen
auf die Tagesordnung. Die Franzosen wün-
schen, daß sich die Arbeiter auch über Kolonial-
politik aussprechen. Die Verstaatlichung der
Produktionsmittel wird von den deutschen So-
zialisten den anwesenden Vertretern mündgerecht
gemacht werden. Die englische Fabian-Gesell-
schaft beantragt einzuweisen, daß der Staat oder
die Städte die Verkehrsmittel, die Bergwerke,
Gas- und Beleuchtungsweisen, Fabrikation von
Tabak, Brod und alkoholische Getränke zc.
übernehmen. Ueber den „Krieg“ werden sieben

II. Die unberechtigten Forderungen der verschiedenen Klassen der Gewerbetreibenden.

Bei den Gewerbetreibenden muß man die verschiedenen Klassen der
Bevölkerung unterscheiden, deren Interessen in neuester Zeit einander in scharfer
Weise entgegen stehen. Die wichtigsten Klassen sind die der Landleute
und der Städte, von denen die ersten die Rohprodukte, namentlich die Lebens-
mittel, herstellen, die letzten die Rohprodukte verarbeiten, die Verbreitung
und den Absatz der Waren betreiben. Jede dieser Klassen der Gewerbe-
treibenden bedarf einer besondern Besprechung. Es ergeben sich darnach
folgende Abschnitte:

1. Das Gewerbe der Landwirthe.
2. Das Gewerbe der Handwerker.
3. Das Gewerbe der Fabrikanten.
4. Das Gewerbe der Kaufleute.

Es wird, wenn wir die Fehler nachgewiesen haben, welche bei den ein-
zelnen Klassen der Gewerbe begangen werden, die Aufgabe sein, nachzuweisen,
wie diese Fehler durch Beobachtung der Gesetze Gottes für die Welt vermieden
werden können, der Art, daß der menschliche Verkehr nach den Gesetzen Gottes
geordnet und zu weiten Fortschritten geführt werden kann.

1. Das Gewerbe der Landwirthe.

Das Gewerbe, welches für den Staat das wichtigste ist, da es für die

Bewohner des Staates die unentbehrlichen Nahrungsmittel herstellt, ist das
Gewerbe der Landwirthe. Mit diesem Gewerbe beginnen wir daher die Be-
trachtung und dies um so mehr, als der Bund der Landwirthe am lauteften
seine Stimme erhebt, über die Noth der Landwirthe klagt, höhere Preise für
alle Lebensmittel verlangt, allen Städten den Krieg erklärt, sie durch Polizei
und polizeiliche Verordnungen aller Art in ihren Gewerben belästigen, den
Handel und die Fabriken beschränken, selbst den Geldverkehr durch Besetzung
der Goldwährung verderben, kurz alle Gewerbe außer dem Landbau belästigen,
beschränken und schädigen will, für sich dagegen besondere Bonifikationen und
Prämien, Ermäßigung der Zehnpreise zc. fordert.

Hier ist es die Aufgabe, zu untersuchen, ist dieser Nothschrei der Land-
wirthe berechtigt, oder ist die Noth der klagenden Landwirthe eine selbstver-
schuldete und wenn letzteres, wie kann und muß dieser Noth der Landwirthe
abgeholfen werden.

Daß viele Landwirthe, ja man kann wohl sagen, die Mehrzahl der Land-
wirthe gegenwärtig in Noth sind und sich einschränken müssen, wenn sie bestehen
wollen, das, glauben wir, kann niemand leugnen. Die Frage ist nun, ist diese
Noth der Landwirthe ihre Schuld, oder ist es die Schuld von andern Umständen,
wie Einfuhr des Auslandes, mangelnder Kredit ff., schwankender Kurs des
Geldes, hoher Zinsfuß oder dergleichen.

An dem Wohlstand der Städte liegt die Schuld jedenfalls nicht; denn die
Städter sind die Abnehmer der ländlichen Produkte und könnten oder wollten
diese nicht die Waare der Landleute abnehmen, so würde die Noth der Land-
wirthe sich unendlich steigern. Nicht in dem Kampf zwischen Stadt und Land,

sondern in der gegenseitigen Förderung und in dem gemeinsamen Streben, für
die bestehende Noth der Landwirthe durch Beobachtung der Gesetze Gottes Ab-
hilfe zu schaffen, darin kann allein die Hilfe gefunden werden, um die gegen-
wärtige Noth zu heben und allen Landwirthen diejenigen Einkünfte zu schaffen,
deren sie zu einem vorthelhaften Betriebe ihres Gewerbes bedürfen.

Der Unterzeichnete wird, um die Frage zu lösen, wie der gegenwärtigen
Noth der Landwirthe abzuhelfen sei, zunächst zur Vergleichung den Stand der
Landwirthschaft vor dem dreißigjährigen Kriege betrachten, d. h. zu der Zeit,
wo Deutschland, ähnlich wie jetzt, unter langem Frieden, gut entwickelt war,
trotz, ehe es durch den dreißigjährigen Krieg verwüstet, und darauf zwei Jahr-
hunderte lang der Tummelplatz für die Kriege der benachbarten Völker:
Franzosen, Schweden, Russen und österreichischer Slaven geworden ist.

Der Unterzeichnete wird demnach die Ursachen der jetzigen Noth zahl-
reicher Landwirthe nachweisen und untersuchen, ob die vom Bunde der Land-
wirthe vorgeschlagenen Mittel dieser Noth abhelfen können, und wenn sich diese
als ungenügend, wohl selbst als schädlich ergeben, die Wege angeben, wie nach
den Gesetzen Gottes dieser Noth für alle Zeiten sicher und zwar ebenso zum
Segen der Landleute wie der Städte abgeholfen werden kann und muß.

Theil in Sanea einfinden werden, um in der
 Kammer ihre Wünsche vorzubringen. Diese
 Wünsche werden allerdings nicht mit denen über-
 einstimmen, welche die Aufständischen verlangen.